

Erst wählen, dann handeln:

Gemeinsam stark, für ein soziales Niedersachsen

Die Landtagswahl am 9. Oktober 2022 bietet die Chance einer fundamentalen Weichenstellung für die gesellschaftliche Entwicklung in Niedersachsen. Die aktuellen Krisen machen diese Weichenstellung dringend erforderlich.

Energie-Krise, Corona-Pandemie, der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und der Klimawandel haben bereits vorhandene gesellschaftliche Problemlagen verstärkt und die dringenden Herausforderungen schonungslos offengelegt. Armut und soziale Ausgrenzung verfestigen sich immer mehr und konzentrieren sich räumlich sowie auf bestimmte Personengruppen, wie Alleinerziehende, Arbeitslose und prekär Beschäftigte. Studien belegen, dass ein Teil der jungen Menschen dauerhaft keinen Zugang zu beruflicher Ausbildung findet und auch von den zuständigen staatlichen Stellen kaum noch erfasst wird.

Es ist mehr als deutlich geworden, dass die bauliche, technische und personelle Ausstattung von Beratungsstellen, Kitas, Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern, Schulen und vielen weiteren öffentlichen und gemeinwohlorientierten Stellen erhebliche Lücken aufweist. Die Sicherstellung sozialer Daseinsvorsorge in ganz Niedersachsen ist nicht mehr gewährleistet, der besorgniserregende Rückgang von Sozialwohnungen setzt sich weiter fort, während vielerorts die Mieten deutlich steigen und die Bedarfe stark zunehmen.

Wir appellieren an die demokratischen Parteien, jetzt zu handeln. Folgende Themen müssen in den ersten 100 Tagen nach der Wahl angegangen werden:

Niedersachsen braucht sichere und bezahlbare Energie: Energie muss dauerhaft bezahlbar sein und sicher zur Verfügung stehen. Wir fordern die Einführung eines Energiepreisdeckels für den Grundbedarf. Ein Härtefallfonds muss die Bürgerinnen und Bürger absichern. Für Wohnungskündigungen und Energiesperren muss es ein Moratorium geben.

Niedersachsen braucht zukunftsfähige Finanzen für mehr Investitionen: Die Daseinsvorsorge muss dauerhaft gesichert werden. Dazu sind höhere Investitionen in Krankenhäuser, Schulen, Hochschulen, öffentliche Gebäude, Breitband und Infrastruktur notwendig. Die Steuereinnahmen reichen zur Finanzierung der nötigen Ausgaben nicht aus. Einen Ausweg bietet ein landeseigener Investitionsfonds (NFonds). Auf ihn ließen sich physische Investitionen übertragen. Das Geld für diese Investitionen könnte so im Rahmen der geltenden Schuldenbremse aktiviert werden. Gleichzeitig würde der NFonds dem Kernhaushalt Luft für die dringend notwendigen Investitionen in Bildung und sozialen Zusammenhalt Luft verschaffen.

Niedersachsen braucht gutes Wohnen: Dazu muss die Landeswohnungsbaugesellschaft gegründet werden. Wir wollen, dass der Bestand an mietpreisgebundenen Wohnungen dauerhaft

um 100.000 Wohneinheiten angehoben wird. Darüber hinaus ist ein Pakt gegen Wohnungslosigkeit auf den Weg zu bringen, mit einem Sonderprogramm und mehr Housing-First-Projekten. Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit müssen als feste Bestandteile sozialer Infrastruktur und niedrigschwelliger Sozialarbeit dauerhaft ausfinanziert und gesichert werden. Neben der Bezahlbarkeit von Wohnraum ist zusätzlich dringend die Barrierefreiheit zu beachten.

Niedersachsen braucht Klimaschutz und Nachhaltigkeit: Angesichts der drastischen Entwicklung des Klimawandels und des Angriffskriegs in der Ukraine muss jetzt gehandelt und die Energiequellen diversifiziert werden. Mobilitätswende, Stopp von Flächenverbrauch und Ausbau regenerativer Energien sind dafür zentral. Wichtig ist auch, dass beim Klima- und Umweltschutz die soziale Gerechtigkeit zwingend zu beachten ist. Die Mobilitätswende muss flächendeckend, barrierefrei und bezahlbar geschehen.

Niedersachsen braucht gute Arbeit: Ziel muss es sein, mit einem neuen Tariftreuegesetz dafür zu sorgen, dass nur solche Unternehmen öffentliche Aufträge erhalten, die tarifliche Arbeitsbedingungen bieten. Wir fordern zudem eine Landesinitiative zum Ausbau von öffentlich geförderter gemeinnütziger Beschäftigung um die Langzeitarbeitslosigkeit zu verringern. Kein Schulabgänger darf in Zukunft beim Übergang in den Beruf verloren gehen: Dazu wird die Einführung einer Ausbildungsgarantie nach dem Vorbild Österreichs benötigt.

Niedersachsen braucht flächendeckende soziale Angebote gegen Armut: Hierfür fordern wir eine starke und armutsensible Infrastruktur in Form von sozialen und niedrigschwelligen Beratungs- und Unterstützungsangeboten. Die Prävention von Kinderarmut ist durch verbindliche Strukturen und Instrumente als fester Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge zu etablieren. Im Sinne der Chancengerechtigkeit und zur Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe armutsbetroffener Menschen braucht es eine einheitliche, niedersachsenweite Gesamtstrategie, die vom Land und den Kommunen gemeinsam mit den sozialen Trägern entwickelt und getragen wird.

Niedersachsen braucht mehr Unterstützung für Familien: Weiterer Ausbau von frühkindlicher Bildung und Betreuung, Familienzentren und Erholungsangebote sind dabei genauso wichtig wie Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hierzu ist eine verlässliche und kostenfreie Betreuung für alle Kinder notwendig. Care-Arbeit braucht gesellschaftlichen Anerkennung und gute Rahmenbedingungen.

Niedersachsen braucht Demokratie: Die Förderung eines demokratischen Gemeinwesens muss durch den Ausbau der Landeszentrale für politische Bildung und politischer Erwachsenenbildung geschehen. Es gilt auch, die Ergebnisse der Enquetekommission Ehrenamt zeitnah umzusetzen, um hier eine größtmögliche Wirkung zu entfalten und Zukunftsthemen anzugehen. Das Erlernen demokratischer Grundstrukturen beginnt im Kindergarten und zieht sich durch alle weiteren Lebenslagen. Tragödien wie in Hanau, Halle oder Kassel hätte es nicht geben dürfen, weshalb der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus uns eine Verpflichtung ist.

Deshalb gilt: Am 9. Oktober 2022 wählen gehen. Für ein soziales Niedersachsen!